

II-4362 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 217415

1978 -11- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten DDr. KÖNIG
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
b etreffend Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen
die "Wohnbaugenossenschaft für Freischaffende"

Einer Meldung der "Presse" vom 21./22. Oktober 1978 ist zu entnehmen, daß die Staatsanwaltschaft gegen die SPÖ-nahe "Wohnbaugenossenschaft für Freischaffende" Ermittlungen eingeleitet hat. Dabei geht es um den Vorwurf von Unregelmäßigkeiten und gesetzwidrigen Maßnahmen, den die Mieter der Anton-Proksch - Siedlung in Wien-Ottakring gegen die Genossenschaft erhoben haben. Die Mieter hatten vor kurzem eine Vorschreibung zur Nachzahlung von 1,9 Millionen Schilling erhalten und protestierten dagegen. Weiters wurde auch der Vorwurf erhoben, daß von der Wohnungsgenossenschaft im Dezember 1967 oder Jänner 1968 Parteispenden an die SPÖ-Ottakring gezahlt wurden. Der Schriftführer der Genossenschaft, Wolfgang Baderle, der derzeit kommerzieller Geschäftsführer der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie ist, erklärte nach dieser Zeitungsmeldung zu den Vorwürfen, daß es sich hier um Leute handelt, "die sich eingebildet haben, zu krakelen, Stunk zu machen. Es werde immer ein paar Dutzend Leute geben, die andere 'aufwiegeln'".

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) Stimmen die Meldungen, wonach die Staatsanwaltschaft gegen die "Wohnungsgenossenschaft für Freischaffende" ermittelt?
- 2) Zu welchen Ergebnissen haben diese Ermittlungen bisher geführt?
- 3) Ist mit der Erhebung einer Anklage gegen die verantwortlichen Organe der Genossenschaft zu rechnen?